

Langzeitarbeitslose Menschen sind aus vielerlei Gründen oft nur schwer vermittelbar. Zwei Beispiele, wie es dennoch funktionieren kann.

ANDREAS TRÖSCHER

LACKENBACH, WIEN. Als langzeitarbeitslos gelten all jene in Österreich, die länger als 365 Tage (also ein Jahr) beim AMS arbeitslos vorgemerkt sind. Im August 2021 waren das knapp über 75.000 Frauen und Männer. Die Zahl ist gegenüber August 2020 (65.547) sowie August 2019 (47.617) deutlich gestiegen.

Immer wichtiger werden deshalb soziale Initiativen, die es langzeitarbeitslosen Menschen ermöglichen, über ein Job-Projekt zurück in einen regelmäßigen Arbeitsalltag zu finden. Zum Beispiel in der Friedhofsplege. Im Burgenland gibt es bereits seit 2010 das Projekt „Erinnerungszeichen“ des Vereins Refugius, das sich dem Erhalt der 14 aufgelassenen jüdischen Friedhöfe widmet. Im Schnitt dre bis fünf Langzeitarbeitslose finden so ein ganzes Jahr Vollbeschäftigung. An den Kosten von 76.500 Euro beteiligen sich das Land Burgenland (24.500 Euro), die Israelische Kultusgemeinde (10.000 Euro), die jeweilige Gemeinde und die gemeinnützige Arbeitswerkstatt mit einem AMS-Förderbetrag von 30.000 Euro.

„Seit 2010 wurden mehr als 50 Personen bei der Pflege der jüdischen Friedhöfe beschäftigt. Davon haben 50 Prozent ein fixes Dienstverhältnis gefunden“, sagt Eva Schwarzmayr von Trendwerk, einem sogenannten SÖB. Das Kürzel steht für Sozialökonomischer Betrieb. Von diesen gibt es bundesweit rund 150. „Es handelt sich dabei um ein arbeitsmarktpolitisches Instrument, das durch die Bereitstellung von marktnahen, aber doch relativ geschützten, befristeten Arbeits-

Helfen, wo andere nicht wollen



Für Langzeitarbeitslose ist die Hoffnung auf einen fixen Job meist gering.

BILD: SN/PA

plätzen die nachhaltige Integration von schwerer vermittelbaren Personen in den Arbeitsmarkt fördern soll“, definiert AMS-Sprecher Mathieu Völker.



PHOTO: ANDREAS TRÖSCHER

„25 von 50 fanden einen fixen Job.“

Eva Schwarzmayr, Trendwerk Burgenland

Soll heißen: vorsichtig anfangen, um später wieder Fuß zu fassen. Genauso ist es auch bei Green Care WALD und seinem Projekt „Soziale Waldarbeit“, das im Februar startete. „Bei uns geht es darum, Waldbesitzer zu entlasten“, erklärt Projektleiter Manfred Ehrhardt. Drei fixe Arbeitsplätze sind seither geschaffen worden. Und zwar für eine Klientel, die im Normalfall nur schwer vermittelbar ist: „Wir haben

auch Menschen mit leichten Beeinträchtigungen und solche, die eine Suchtvergangenheit haben.“

Sie werden in der Waldpflege, in der Aufforstung, beim Pflanzen und Freischneiden eingesetzt. Ohrpfand und sein Team sehen sich dabei als Schnittstelle, als Brücke zwischen AMS und Forstbetrieben. Als Partner habe man etwa den Naturpark Sparbach und den Versuchsgarten Tulln gewinnen können. „Wenn irgendwo Bedarf besteht, nehmen wir Kontakt mit dem AMS auf. Dann schauen wir, ob es auch zwischenschonlich geht.“

Trendwerk hat seit dem Jahr 1999 nach eigenen Angaben fast 7000 Personen beraten: „Wovon mehr als die Hälfte dauerhaft am Arbeitsmarkt Fuß fassen konnte“, betont Eva Schwarzmayr. Es funktioniert

so: Sobald eine Beschäftigung gefunden ist, wird ein Dienstverhältnis beim jeweiligen SÖB, in dem Fall bei Trendwerk, begründet und der Arbeitseinsatz von einem Beschäftigten beginnt. Während dieser „Überlassung“ wird betriebsüblich, mindestens aber laut Kollektivvertrag des Beschäftigterbetriebs entlohnt.

Beim Projekt „Erinnerungszeichen“ leisten Langzeitarbeitslose nicht bloß Arbeit, wie Horst Horvath vom Verein Refugius hervorhebt: „Die jüdischen Friedhöfe sind die letzten Zeugen dieser untergegangenen Kultur. Trotz ambitionierter Bemühungen einiger Vereine, teilweise der Standortgemeinden der Friedhöfe, des Landes und der Israelitischen Kultusgemeinde befinden sich die Friedhöfe in einem teils beängstigenden baulichen Zustand.“ Dank der neuen Mitarbeiter ist das nun anders.

Festnahme nach Mordversuch an Somalier

Verdächtiger will an Tat nicht beteiligt gewesen sein. Täter flüchtig.

INNSBRUCK. Im Fall eines 34-jährigen Somaliers, der vergangenen Sonntag mit einer Stichwunde im Bauch in Innsbruck aufgefunden worden war, haben die Beamten einen 35-jährigen Somalier festgenommen, der an der Tat beteiligt gewesen sein soll. Der mutmaßliche Täter, ein 24-jähriger Somalier, sei aber flüchtig, hieß es am Freitag. Der 35-jährige bestritt aber, an der Tat beteiligt gewesen zu sein. Das Opfer gab bei seiner Einvernahme an, dass es vom 24-jährigen und vom 35-jährigen zu einem Parkplatz gelockt, geschlagen und dann vom Jüngeren niedergestochen worden sei. Auch der Festgenommene bestätigte, dass der Flüchtlinge dem 34-jährigen den Stich versetzt habe. Laut derzeitigem Ermittlungsstand gebe es kein konkretes Motiv für die Tat. Alkohol habe jedoch eine Rolle gespielt. Der Schwerverletzte wurde von Passanten aufgefunden und im Spital operiert.

SN, APA

Bei Hausbau auf Skelette gestoßen

EISENSTADT. Bei Hausbauarbeiten in St. Margarethen im Burgenland sind mehr als 40 Skelette gefunden worden. Es dürfte sich laut Polizei um einen Friedhof gehandelt haben. Der Besitzer des Grundstücks erklärte, der Fund bei den Baggerarbeiten habe ihn zuerst geschockt, er habe dann aber das Bundesdenkmalamt verständigt. Laut einem Archäologen deutet alles auf eine Grabstätte aus dem 15. Jahrhundert hin. Der Friedhof dürfte sich über weitere Grundstücke erstrecken.

SN, APA

Kommen gerettete Afghanen nach Italien?

GERALD STOIBER

NÜRNBERG, ROSENHEIM. Nach dem Aufruf von fast 20 Afghanen im benachbarten Bayern, die nach der Rettung aus ihrem Heimatland durch das italienische Militär zwar in Italien Asyl beantragt hatten, aber dort nicht bleiben wollten, versucht Deutschland, diese Personen wieder nach Italien zurückzubringen. Das erklärte das deutsche Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit Sitz in Nürnberg auf SN-Anfrage. Da die Betroffenen in Italien Asyl beantragt hatten, ist nach der sogenannten Dublin-III-Verordnung der EU zuerst Italien für die Asylverfahren zuständig.

Wie berichtet, hatten Beamte der deutschen Bundespolizeiinspektion Rosenheim seit Ende August in drei Fällen Afghanen nach ihrer illegalen Einreise in Bayern entdeckt, die im August im Rahmen der internationalen Rettungsaktion über den Flughafen der afghanischen Hauptstadt Kabul ausgeflogen worden waren. Ein Familienvater hatte laut Bundespolizei angegeben, man habe sich in Italien nicht wogel-

fühlt und sich deshalb Richtung Deutschland auf den Weg gemacht. Auch Verwandte wurden ins Treffen geführt. Es waren laut Bundespolizei die ersten derartigen Fälle an der österreichisch-deutschen Grenze.

Zuständig für die Abwicklung des weiteren Verfahrens beim BAMF ist dessen Dublin-Zentrum. „Er gibt die Prüfung, dass ein anderer Mitgliedsstaat für die Bearbeitung des Asylverfahrens zuständig sein könnte, wird ein sogenanntes Übernahmehersuchen an den betreffenden Mitgliedsstaat gerichtet. Stimmt der Mitgliedsstaat dem Übernahmehersuchen zu, stellt das Bundesamt die Unzulässigkeit des Asylanspruchs fest und ordnet die Abschiebung in den zuständigen Mitgliedsstaat an“, erklärte das BAMF. Der Vollzug obliegt in Deutschland den Ausländerbehörden und der Bundespolizei. Normal betrage die Frist für eine Überstellung nach der Dublin-III-Verordnung sechs Monate ab Zustimmung zur Wiederabnahme in einem anderen Mitgliedsstaat, ergänzt das österreichische Innenministerium.

Zu viel Antibiotika für Schweine

44 Tonne jährlich an Nutztiere verfüttert. AGES will gegensteuern.

RIED/INNKREIS. Weniger Antibiotika für heimische Nutztiere, um Resistenzen vorzubeugen. Das ist die Forderung der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES). 44 Tonne Antibiotika werden im Schnitt pro Jahr an Schweine, Rinder, Hühner und Co. verfüttert. Die Zahlen gingen zurück, seien aber immer noch viel zu hoch, so das Argument. „Denn die Resistenz gegen antimikrobielle Wirkstoffe stellt eine Gefahr für die Bevölkerung und heimische Nutztiere dar“, betonte AGES-Veterinärchef Friedrich Schmall am Freitag im Rahmen der Rieder Messe. Während bei Geflügel der Einsatz von Antibiotika in den vergangenen zwei Jahrzehnten um zwei Drittel zurückgegangen sei, gebe es vor allem bei Schweinen noch großen Aufholbedarf. Denn von den 44 Tonne Antibiotika entfallen drei Viertel auf Schweine. „In Österreich finden wir in den EU-Überwachungsprogrammen beinahe in zwei Drittel der Schweinedärme und bei rund zehn Prozent des Frischfleisches antibiotikaresis-



Der Impfstoff bei Mastschweinen ist gering.

BILD: SN/PA

te Darmbakterien“, erklärt Burkhard Springer, Leiter des Referenzlabors für Antibiotikaresistenzen der AGES.

Der Impfstoff sei hingegen vor allem bei Mastschweinen gering, sagt AGES-Veterinärchef Schmall. Ein zusätzliches Problem sei der Import: „Es werden pro Jahr rund 150.000 Schweine importiert, hinzu kommen 350.000 Schlachtschweine“, zählt Schmall auf. „Wir holen uns damit aber auch Krankheiten ins Land.“ Kontrollen seien nicht möglich, schließlich könne jeder seine Tiere beziehen,

woher er wolle. „Aber es ist klar: Mit den Tieren reisen auch die Erreger.“ Der Ansatz der AGES: Durch den zielgerichteten Einsatz spezifischer Impfstoffe und Autoklavine könne der Medikamenten- und Antibiotikaverbrauch reduziert bzw. ganz weggelassen werden. Essenziell für den Behandlungserfolg sei deshalb die Kooperation von Tierarzt, Betrieb, Diagnostik und Herstellung.

Auch für Adolf Marksteiner von der Landwirtschaftskammer Österreich sind Impfungen im Nutztierbereich „das Um und Auf, wenn man Antibiotika sparen möchte“. Er verweist auf den Geflügelsektor, wo Referenzlabors bis zur 16. Lebenswoche 14 Impfungen erhalten. Das Ergebnis sei die Halbierung der Antibiotikamenge in 20 Jahren. „Obwohl wir heute um 20 Prozent mehr Hühner haben“, sagt Marksteiner. Nebst Impfungen hätten sich aber auch die Haltungsbedingungen deutlich verbessert.

Die AGES stellt übrigens – nach längerer Pause – seit Juli 2021 in ihrer neu errichteten Produktionsstätte in Mödling wieder selbst standortspezifische Impfstoffe und Autoklavine her.

116